

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 200.11 / 28.03.2011

Klug muss neuen Erlass zur Werbung der Bundeswehr in den Schulen zurückziehen

Zum aktuellen Erlass des Bildungsministeriums zur Kooperation von Bundeswehr und Schule erklärt die schulpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Anke Erdmann**:

Unbekannt sind gemeinsame Veranstaltungen von Schule und Bundeswehr nicht. Interessant ist der März-Erlass von Staatssekretär Zirkmann zur Zusammenarbeit von Schule und Bundeswehr dennoch. Noch bis vor Kurzem hieß es aus dem Ministerium, eine Zusammenarbeit bräuchte keine besondere Regelung. Bislang stand vor allem der Besuch von Jugendoffizieren im Fokus, die zu sicherheitspolitischen Fragen eingeladen werden konnten. Schon hier gab es Kritik, weil unsicher war, ob ein ausgewogenes Bild im Sinne des Schulgesetzes vermittelt werden konnte und auch andere Standpunkte in den Klassen eine entsprechende Vertretung erfuhren.

Neu ist vor allem, dass die Schulen nun auch bei den Nachwuchssorgen der Bundeswehr behilflich sein sollen: Der Staatssekretär macht auf die Kontaktadressen der Wehrberatungen im Lande aufmerksam. Im Bildungsausschuss am kommenden Donnerstag werden wir uns erkundigen, wann mit dem entsprechenden Erlass für das Werben in der Schule für unsere Freiwilligendienste zu rechnen ist und welche Vorbereitungen in dieser Hinsicht schon getroffen wurden. Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht bricht auch der Einsatz der Zivildienstleistenden weg – es ist bekannt, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Im Ausschuss werden wir auch fragen, unter welchen Bedingungen die Landesregierung glaubt, dass eine - "Vorführung des Schießkinos (...) pädagogisch vertretbar ist" (Zitat Erlass).

Dies soll künftig die Lehrkraft entscheiden. Ich kann mir nicht vorstellen, welches Lernziel im Unterricht mit computergestützten Schießsimulatoren verfolgt werden soll. Nicht nur die Wortwahl des Ministeriums ist komplett daneben. Spätestens seit dem Werbebesuch einer Schulklasse in der Eutiner Kaserne im Oktober 2009 sollte der Staatssekretär in dieser Hinsicht sensibel sein. Ein Oberstabsfeldwebel hatte gegenüber den Lübecker Nachrichten zum besten gegeben, dass das "Schießkino tausendmal besser wäre als jedes Spiel auf der Konsole zu Hause".

Nach einer ausgewogenen und durchdachten Strategie sieht das jedenfalls nicht aus. Wir erwarten, dass die Landesregierung den Erlass in dieser Form zurückzieht.
